

WENIGER UNTERGANG, MEHR MUT!

EIN GASTKOMMENTAR VON JAN SKUDLAREK

POPULISTISCHE POLITIK BREMST DEN KLIMASCHUTZ ZUNEHMEND AUS. UNSER GASTAUTOR ZEIGT, WIE WIR MIT DEMOKRATISCHER RESILIENZ DAGEGENHALTEN KÖNNEN.

Anfang 2026: Pünktlich zum einjährigen Jubiläum seiner zweiten Amtszeit treten die USA unter Donald Trump aus 66 internationalen Organisationen aus – darunter auch der Weltklimarat IPCC. Zudem will die Regierung das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) aufkündigen. Donald Trump bleibt sich treu: Statt wissenschaftlichen Erkenntnissen folgen seine Entscheidungen erneut vor allem Verschwörungserzählungen und Desinformationen. Den Klimawandel bezeichnet er weiterhin als «Schwindel».

Auch global ist die Lage kaum besser, die Klimakrise wird immer drängender. Auf der UN-Klimakonferenz im brasilianischen Belém im November 2025 zeigte sich jedoch weniger internationale Problemlösungskompetenz in Sachen Klima als vielmehr die Einflussnahme der Fossilindustrie. So endete der Klimagipfel mit einem Minimalkonsens, etwas Höflichkeitsprosa – und nationalistischen Untertönen. Bundeskanzler Friedrich Merz konnte es sich zudem nicht verkneifen, zum Abschluss noch Land und Leute zu beleidigen: «Ich habe einige Journalisten [...] gefragt: Wer von euch würde denn gerne hierbleiben? Da hat keiner die Hand gehoben.»

Gerade beim Umgang der Merz-Regierung mit Klimathemen zeichnet sich eine schleichende Abkehr von den Klimazielen ab: Die CDU kopiert schlicht den Trumpismus aus Übersee, wohl in der fehlgeleiteten Hoffnung, durch nationalistisches Gepolter und rechtskonservative Identitätspolitik die rechtsextreme Konkurrenz klein-zuhalten. Das Gegenteil ist der Fall: Studien belegen, dass die AfD gerade deswegen zulegen kann, weil die CDU sie in Tonlage und Themensetzung kopiert, einschließlich des Klima-Bashings. Mitzündeln ist nun mal keine geeignete Brandschutzmaßnahme.

Was tun? Wie gegenhalten?

Einfache Lösungen gibt es nicht, schon gar nicht gegen den Rechtspopulismus. Doch eines ist klar: Wir brauchen Ideen und Strategien für einen erfolgreichen demokratischen Widerstand. Dazu müssen wir Nicht-Populist:innen zuallererst ein konstruktives Gegen-Wir bilden. Ein Wir, das hält; ein Wir, das trägt. Verbunden nicht durch Feindbilder oder die Willkür der Herkunft, sondern durch den gemeinsamen Glauben an eine bessere Zukunft – ökologisch und sozial.

Ich möchte in diesem Beitrag ein paar Anstöße dazu geben, wie wir die gesellschaftlichen Großbaustellen Verteidigung der Demokratie, Erhalt unserer Lebensgrundlagen, Verringerung der politischen Polarisierung – im Kleinen angehen können. Wie wir unsere Gesellschaft resilienter machen gegen autoritäre Versuchungen und gezielte Desinformation. Meine Leitidee: Weniger Untergang, mehr Mut, mehr Vernetzung! Dazu gehört, sich nicht anstecken zu lassen von vorherrschenden Angstszenerien und bürgerlich-gruseliger Bedrohungslogik.

Wenn regressive Kräfte von Donald Trump («Make America Great Again») bis Friedrich Merz («Probleme im Stadtbild») uns weismachen wollen, dass in einem verklärten Früher alles besser war und heutzutage alles bergab geht, liegt es an uns Progressiven, diese Verfallsnarrative zurückzuweisen. Erstens, weil sie nicht stimmen, und zweitens, weil sie schädlich sind. Der Soziologe Zygmunt Bauman bezeichnet solche Untergangserzählungen und idealisierten Vergangenheiten, in denen «noch alles gut war», als «Retrotopien». Sie machen das Gestern zum Sehnsuchtsort. Doch in Wahrheit hat die «Früher war alles besser»-Fraktion vor allem eines zu bieten: Verklärung. Wer eine bessere Zukunft will, sollte die Finger von Nostalgiefiktionen lassen.

Konstruktiv gegen Angstnarrative

Statt die Vergangenheit zu romantisieren, hilft ein unverstellter Blick in die Geschichte. Die Historiker Philipp Ruch und Thomas Weber unternehmen ihn in ihrem Sammelband «Wenn das Gestern anklopft. Weimar und die Wiederkehr der Geschichte». Ihr Befund: Schon vor einem Jahrhundert erlebte man in Europa nicht nur Krisen, sondern auch die Tendenz, diese – ähnlich wie heute – großzureden und künstlich anzuheizen. Ganz nach der historisch bewährten Benzin-ins-Feuer-Logik.

Vor solcherlei Krisengezündel warnt der Historiker James McSpadden im selben Band: Liberale Demokraten von heute, so seine Mahnung, sollten sich davor hüten, zu schnell die Sprache der politischen Krise zu übernehmen, um nicht selbst zur Verstärkung jener Krisenwahrnehmung beizutragen, die Populismus und Extremismus weiter anfachen könnte. Anstatt sich also in stereotype Debatten hineinziehen zu lassen und sich an Krisenerzählungen abzuarbeiten, muss es heißen: Dagegenhalten! Anstatt regressiv-reaktionäre Deutungen mit «Ja, schon, aber ...»-Einwänden indirekt zu bestätigen (wie es auch demokratische Parteien im Rahmen der unsäglichen «Stadtbild-Debatte» taten), braucht es eigene, progressive, konstruktive Erzählungen. Erzählungen, die Mut machen.

Nun hat es das progressiv-utopische Denken allerdings schwerer als das regressiv-dystopische. Denn die Rechtsextremen müssen lediglich gebetsmühlenartig behaupten, die Lage sei untragbar – und allein durch ihre nationalistische Politik zu verbessern. Progressive Kräfte hingegen müssen sich am Anspruch messen lassen, die Welt jenseits populistischer Leerversprechen tatsächlich zum Besseren zu verändern. Dafür braucht es greifbare, anschlussfähige Vorhaben, die diesen Anspruch sichtbar machen: gerechte Vermögensverteilung, einen Mietendeckel, besseren öffentlichen Nahverkehr, neue Chancen durch consequenten Klimaschutz.

Wenn Law-and-Order-Politiker:innen versuchen, Migration als Angstthema zu instrumentalisieren, sollten wir uns ihrer durchschaubaren Polemik verweigern – und stattdessen aktiv dagegenhalten: mit eigenen Entwürfen einer pluralistischen Gesellschaft sowie mit konkreten Beispielen, wie Integration gelingt und Vielfalt Demokratien resilienter macht. Wir müssen – und können – belegen, wie wir alle ganz konkret von Vielfalt, Integration und diversen Lebensentwürfen profitieren.

Es gibt sie, die guten Beispiele

Dass ein positiv fundierter, linkspolitischer Wahlkampf von Erfolg gekrönt sein kann, sah man kürzlich in New York. Der neue Bürgermeister Zohran Mamdani führte die New

Yorker Demokraten zum Wahlsieg, indem er den Bürger:innen konkret und an ihrer Lebenswelt ausgerichtet darlegte, wie sich ihr Leben verbessern soll: Mieten runter, alle Stadtbusse und Kinderbetreuung bis fünf Jahre kostenlos – finanziert durch zusätzliche Steuern für Einkommen ab einer Million US-Dollar. Regressive Erzählungen appellieren an Ängste, progressive Erzählungen sollten Mut machen. Und das ganz konkret: Statt zum Beispiel das 9-Euro-Ticket als einmalige verkehrspolitische Anomalie abzutun, ist es die Aufgabe der Linksprogressiven, es kompromisslos zurückzufordern.

Hier lohnt der Blick über den nationalen Tellerrand – anderswo wird geklotzt und nicht gekleckert. Paris hat unter Bürgermeisterin Anne Hidalgo eine nachahmenswerte verkehrspolitische Wende vollzogen: Aus einem grauen Autogroßstadtmoloch wurde eine grüne, in weiten Teilen verkehrsberuhigte Metropole mit besserer Luft, weniger Autos, mehr Fahrrädern – und spürbar höherer Lebensqualität. Das hat nichts mit «Ökodiktatur» zu tun, sondern entkräftet rechte Schreckensszenarien durch konkrete Verbesserungen. So gelingt alltagspolitische Beweisführung: Ökosozialer Wandel ist möglich – mit Weltverbesserung statt Untergang. Kurz: Gute Politik flieht nicht ins Gestern, sie macht Lust auf morgen.

Mut zur Veränderung, auch digital

Der Weg in dieses Morgen führt über Technik von heute. Veränderung beginnt in den Köpfen – und verbreitet sich im Netz. Das Internet ist längst das wichtigste Vehikel politischer Gestaltung. Um unsere Demokratie gegen autoritäre und rechtsextreme Einflüsse zu rüsten, muss das linksprogressive Lager verstehen, was MAGA oder AfD längst verinnerlicht haben: Ohne Netz geht nichts!

Während Wahlplakate und Haustürkampagnen – wie bei Mamdanis New Yorker Wahlsieg mit Tausenden Freiwilligen – weiterhin wichtig sind, ist und bleibt das Internet der primäre Schauplatz politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Ob Bluesky, TikTok, LinkedIn, Mastodon, Facebook oder Instagram: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird auch und vor allem im Netz verteidigt. Wahlen gewinnt nur, wer die Scheu vor der Öffentlichkeit ablegt und eintaucht in den digitalen Diskurs.

Wie entscheidend soziale Netzwerke und Kommentarspalten mittlerweile sind, zeigte – neben erfolgreichen Instagram-Kampagnen wie «Frauen gegen Merz», der Organisation von millionenfach besuchten Brandmauer-Demos und ebenso oft unterzeichneten Petitionen zum AfD Verbotsantrag – Ende 2025 der Widerstand gegen die AfD-Nähe des Verbands der Familienunternehmer. Dieser Lobbyverband, der nur rund 0,2 Prozent der familiengeführten Betriebe in Deutschland vertritt, erklärte die Brandmauer zur AfD für passé. Doch der demokratische Widerstand im Netz wuchs so rasch, dass der Verband eilig umschwenkte. Fazit: Digitaler Widerstand wirkt!

Grundrechte auch im Internet verteidigen

All jene, die tagelang Druck in den sozialen Netzwerken aufbauten und aufrechterhielten, die bei den einzelnen Unternehmen im Verband per E-Mail protestierten, die eine Drogeriekette für den schnellen Verbandsaustritt lobten und die andere für die laschen Ausflüchte kritisierten – sie alle haben ein Stück demokratischen Boden verteidigt.

Unsere Grundrechte, bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Menschenwürde werden wir im 21. Jahrhundert auch im Internet verteidigen müssen – so viel steht fest. Die progressiven Erzählungen – das Anstiften zu einer besseren Welt, die ökosozial gerechter, inklusiver und gemeinwohlschaffender ist – müssen heute auch dort stattfinden. Politische Arbeit wird weiterhin auf den Straßen, in Verbänden, Genossenschaften und Vereinen, in Wohnzimmern, WGs und an Küchentischen stattfinden – aber eben parallel dazu auch im Netz.

Daher: Vernetzt euch!

Sucht eine Online-Plattform eurer Wahl – oder mehrere – und werdet aktiv. Nehmt am Diskurs teil, setzt eigene Schwerpunkte, leistet Gegenrede, wo nötig. Vor allem: Sucht und schmiedet Bündnisse! Denn eine gemeinsame und zielgerichtete digitale Präsenz ist das stärkste Mittel politischer Wirksamkeit.

Wichtig dabei ist: Dranbleiben! Dabei wünsche ich uns allen ein gutes Durchhaltevermögen, Mut und Zuversicht. Punktuelle Erfolge wie die online erstrittene AfD-Distanzierung des Unternehmerverbands sind zu feiern. Doch grundlegende Veränderungsprozesse dauern. Gesellschaftspolitischer Wandel – ob Demokratieverteidigung oder beim Klimaschutz – ist kein Spaziergang, sondern ein langer, oft mühsamer Marsch. Zukunft braucht Mut und Ausdauer. Also lasst uns gemeinsam die politische Fitness und die progressive Puste trainieren!

Jan Skudlarek wurde 1986 in Hamm geboren, promovierte in Philosophie an der Universität Münster und lehrt als Professor für Soziale Arbeit an der Medical School Berlin. Er veröffentlicht Bücher, Essays und Blogbeiträge zu Themenschwerpunkten wie Demokratie, Gemeinwohl und öffentliche Diskurse. Skudlarek macht sich in den sozialen Medien für einen solidarischen Umgang und eine faire Debattenkultur stark. Seit Februar 2024 moderiert er monatlich den «Nicht noch ein Politik-Podcast» mit wechselnden Gästen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.